

ZWANGSARBEITER

Zehn Milliarden oder mehr

Bei den Gesprächen über die Entschädigung für ehemalige NS-Zwangsarbeiter droht ein kaum zu lösender Konflikt um die zu zahlenden Summen. Nach Berechnungen des Historikers Lutz Niethammer, der die Bundesregierung berät, müsse von bis zu 875 000 „Bezugsberechtigten“ ausgegangen werden, darunter rund 232 000, die in Konzentrationslagern einsaßen. Würden diese jeweils mit 15 000 Mark und die anderen Industrie-Zwangsarbeiter mit 10 000 Mark entschädigt, müsse ein „Gesamtaufwand von 9,922 Milliarden Mark ohne Verwaltungskosten“ einkalkuliert werden. Die amerikanischen Anwälte der Opfer verlangen sogar 30 Milliarden Mark.

So viel will die Industrie keinesfalls zahlen: Die 16 deutschen Konzerne, die sich bisher der „Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft“ angeschlossen haben, wollen im Höchstfall drei Milliarden Mark bereitstellen – und damit nach Niethammers Berechnungen pro KZ-Häftling nur wenige tausend Mark. Dies, so fürchtet der Historiker, würde die „Akzeptanzschwelle vor allem in den Vereinigten Staaten bei weitem verfehlen“. Der VW-Konzern zahlt seinen früheren Zwangsarbeitern 10 000 Mark. Der Verhandlungsführer der Bundesregierung, Otto Graf Lambsdorff, verlangt,



Zwangsarbeiter in Bremen (1943)

dass sich weitere Betriebe der Stiftung anschließen, damit die Einlage steigt. Die Stiftung rechnet aber damit, dass sich in diesem Fall die Beiträge der einzelnen Unternehmen verringern.

Um das drohende Scheitern der Verhandlungen zu verhindern, die auf US-Seite der stellvertretende Finanzminister Stuart Eizenstat führt, trifft Bundeskanzler Gerhard Schröder an diesem Montag in Berlin die Vertreter der Industriefoundation. Schröder will mit ihnen klären, wie weitere deutsche Betriebe zu Zahlungen veranlasst werden kön-



Lambsdorff, Eizenstat

nen. Zudem soll besprochen werden, wie Bund und Industrie sich die Entschädigungsleistungen aufteilen.

CDU

Berichte für Pieroth

Eine clevere Wahlkampf-Idee des Efrüheren Berliner Senators und heutigen Osteuropa-Beauftragten des Regierenden Bürgermeisters, Elmar Pieroth (CDU), droht nun dessen Ansehen im Osten Berlins zu gefährden. Pieroth hatte 1995 sogenannte Wohnzimmergespräche initiiert, bei denen Westpolitiker und Prominente Ost-Berlinern in deren Wohnungen begegnen. Dabei, so das Versprechen, wolle man offen miteinander reden. Inzwischen fanden mehrere hundert solcher Gespräche statt – aus Grün-



Pieroth

den der Vertraulichkeit generell ohne Presse.

Was die Ost-Berliner, die den Westbesuch einließen, nicht wussten: Für Pieroths Ehefrau Hannelore, die für die Organisation verantwortlich war, fassten die Gäste Berichte über die Begegnungen ab. Die Texte wecken zum Teil böse Erinnerungen an DDR-Zeiten. So schrieb Finanzstaatssekretär Peter Kurth über sein Treffen mit einem Ehepaar aus Berlin-Hellersdorf: Die Frau sei eine „interessante Schlüsselfigur für Hellersdorf“. Sie und ihr Gatte hätten offensichtlich sehr lebhaften Kontakt zur katholischen Kirchengemeinde. „Welche Kontakte gibt es dorthin?“, fragte der

Berichterstatte bei Pieroth nach. Es sei um „ein bisschen Rückkopplung“ gegangen, erklärt Pieroth das Berichtswesen. Jeder Westler habe den Auftrag gehabt, herauszufinden, welche Ost-Berliner zu Wohnzimmergesprächen bereit wären. Einer der Besuchten sieht das nicht so locker: „Das liest sich wie meine Stasi-Akte.“

Zitat

»Bundespräsident Roman Herzog hat nicht gesagt, es soll ein Struck durchs Land gehen.«

Der grüne Bundestagsabgeordnete Werner Schulz über das Sommertheater des SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck